

Bankenkrise



Blocher droht mit UBS-Initiative

Keine weitere Bankenpleite Der SVP-Übervater traut Bundesrat und Parlament nicht.

Die Notrettung der Credit Suisse (CS) fand hinter verschlossenen Türen und ohne direkte demokratische Mitsprache statt. Die Zerschlagung des Schweizer Bankenplatzes, wie er heute besteht, könnte dagegen hochöffentlich an einem Abstimmungssonntag erfolgen: So schwebt zumindest Christoph Blocher, Alt-Bundesrat (2003–2007) und mit 82 noch immer Vordenker der SVP, die Ultima Ratio der Grossbankenregulierung vor.

An der Fraktionssitzung seiner Partei vor Beginn der ausserordentlichen Session zur CS-Rettung hat Blocher die Idee einer Volksinitiative eingebracht, wie CH Media berichtete. «Es gab die Swissair 2001, die UBS 2008 und jetzt die CS – es wird immer schlimmer», zählt Christoph Blocher am Telefon den Crash verschiedener Institutionen der Schweizer Wirtschaft auf. «Ich habe unseren Fraktionsmitgliedern gesagt, dass es das Allerdringlichste sei, in guten Zeiten dafür zu sorgen, dass so etwas nie mehr vorkommen kann.»

Inhaltlich würde die Initiative fordern, was die SVP seit dem Kollaps der CS auf allen Kanälen verlangt: dass es in der Schweiz keine Banken mehr geben soll, die so gross sind, dass sie nicht in Konkurs gehen können, ohne schlimmen Schaden in der Volkswirtschaft anzurichten – und sich der Staat zur Rettung gezwungen sieht.

Die SVP hat in der aktuellen Session eine entsprechende Motion eingereicht; sie dürfte kommenden Jahr ins Parlament kommen. Erst nach einer allfälligen Ablehnung dürfte die Vorbereitung der Initiative beginnen. Wie stark er sich selbst für die Initiative engagieren werde, lässt Blocher offen. «Wenn es hoch kommt, bin ich 90-jährig, bis sie zur Abstimmung kommt. Da muss ich schauen, wie gut ich noch mag – das ist halt im Leben so.»

«Es ist eben Grössenwahn»

An konkreter Regulierung hat das Parlament in der Session nichts beschlossen. Es lehnte den Verpflichtungskredit für die CS-Rettung ab, was allerdings nur symbolischen Charakter hat. Entscheidend für das Nein im Nationalrat waren SP, Grüne und SVP, die allesamt bereits jetzt Zusagen für eine schärfere Regulierung forderten, deren Forderungen sich aber nicht deckten.

«Meine Angst ist gross, dass es wieder so auskommt wie vor zehn Jahren und Bundesrat und Parlament am Schluss keine gescheite Regulierung hinbringen», sagt Blocher. Damals hatten die SVP und die SP im Nationalrat die Forderung nach einem Trennbankensystem unterstützt, das die Investmentbank von der Geschäftsbank und der Vermögensverwaltung getrennt hätte.

Der Ständerat, dominiert durch die Mitteparteien, lehnte die Vorlage später jedoch ab. Stattdessen einigte sich die Politik auf die heute gültige «Too big to fail»-Regulierung, die dem Bundesrat nicht tauglich zur Anwendung schien, als sie vor knapp einem Monat hätte zur Anwendung kommen können.

«Ich halte es für wahrscheinlich, dass es wiederum zu einer

detaillierten bürokratischen Regulierung aller Banken kommt, bei der die Finanzmarktaufsicht und der Bundesrat allen Banken, auch der neuen UBS, genauer im Detail auf die Finger schauen wollen, ohne dass es hilft», sagt Blocher. «Es ist eben Grössenwahn, zu glauben, man könne von aussen abschätzen, welche Geschäfte ins Verderben führen und welche nicht», sagt er. Sonst hätte die Finanzmarktaufsicht bereits die CS vor Finanzskandalen wie jenen um die Greensill-Fonds warnen können.

«Natürlich werden die Banken davor warnen»

Stattdessen skizziert Blocher seinen Plan für die Lösung: «Alle Banken, die noch systemrelevant sind, müssten sich so aufstellen, damit sie neu untergehen könnten, ohne die Volkswirtschaft in der Schweiz und im Ausland mitzureissen. Wie sie das erreichen wollen, müssten sie sich vom Bundesrat absegnen lassen.»

Zurzeit gelten in der Schweiz die UBS, Raiffeisen, die Zürcher Kantonalbank (ZKB) und die Postfinance als systemrelevant. Und die müssten sich alle verkleinern? «Hinter ZKB und Postfinance steht der Staat. Der Kanton Zürich beziehungsweise die Post



Immer noch Vordenker: Christoph Blocher. Foto: Dominique Meienberg

müssen als Aktionäre die Bank so aufstellen, dass es nicht zu einem Flurschaden kommen kann, und sie im Extremfall auch retten.»

Raiffeisen dagegen, die besonders stark im Hypothekengeschäft exponiert ist, müsse sich überlegen, welche Regeln sie sich selbst auferlege, um beim Platzen einer allfälligen Immobilienblase keinen volkswirtschaftlichen Schaden anzurichten.

Es dürfte sich bei der vorgeschlagenen Regulierung à la SVP also vor allem um eine Lex UBS handeln. An gravierende Folgen für den Schweizer Bankenplatz glaubt Blocher nicht. «Natürlich werden die Banken davor warnen und vor allem das Argument der Arbeitsplätze bringen. Aber dann müsste der Staat Tausende Firmen jährlich retten, nur damit keine Menschen arbeitslos werden. Leute, die überzählig sind, können Sie nun mal nicht retten.»

Stimmen, die gar vor einem allfälligen Wegzug der UBS aus der Schweiz bei einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen warnen, entgegnet Christoph Blocher: «Ich glaube nicht, dass die Verknüpfung des amerikanischen Investmentbanking die Voraussetzung ist für den Betrieb einer Schweizer Bank.» Wenn eine gewisse Verlagerung ins Ausland unausweichlich wäre, sei dies vertretbar. «Zumindest wäre das besser, als weitere untragbare «Too big to fail»-Fälle zu produzieren.»

Konrad Staehelin

Linie umschwenkte, kam für Keller-Sutter offensichtlich unerwartet – oder jedenfalls konnte sie es nicht verhindern.

Ganz grundsätzlich aber gelang es ihr nicht, gegenüber dem notrechtsmüden und zerstrittenen Parlament als Leaderin aufzutreten. Sie wird für ihre Arbeit zwar durchaus auch gelobt – etwa von GLP-Präsident Jürg Grossen, der sie als «authentisch, sachlich und beherzt» erlebte.

Bei anderen jedoch, der SVP etwa, kam sie nie auch nur in die Nähe eines Konsenses. «Ich soll den grössten Kredit aller Zeiten sprechen, ohne dass ich alle Hintergründe kenne. Laut Bundes-

rätin Keller-Sutter ist diese Lösung alternativlos – ich bin davon einfach nicht überzeugt. Warum hat sie nicht stattdessen die Nationalbank ermächtigt, die CS unbegrenzt mit Liquidität zu versorgen? Sogar eine Verstaatlichung der CS wäre besser, zumindest ehrlicher gewesen», sagt der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann.

Bei Grünen-Präsident Balthasar Glättli wiederum steht sie unter Ideologieverdacht. «Ihr war offenkundig eine Lösung wichtig, von der sie behaupten konnten, es sei keine staatliche Bankenrettung. Mir ist allerdings ein Rätsel, wie man so was sagen

und gleichzeitig einen dreistelligen Milliardenkredit sprechen kann.»

Sie vergisst nie

Wenn auch die Urteile über Keller-Sutter im Generellen differieren, in einem Punkt stimmen sie meist überein: Keller-Sutter will die Dinge immer unter Kontrolle haben, und sie vergisst nie, wem sie Demütigungen und Niederlagen zu verdanken hat. Ein hochrangiger Parlamentarier rechnet denn nun auch mit einer Art «Kriegszustand» zwischen Keller-Sutters FDP und der SP.

Thierry Burkart, FDP-Präsident und enger Alliiierter Keller-Sutters,

duzieren. Der Bundesrat sollte unter anderem eine substanzielle Erhöhung einer harten, ungewichteten Eigenkapitalquote und eine gesetzliche Beschränkung der Boni für die Bankenspitzen prüfen.

— Die SP-Fraktion beschloss daraufhin, ins Ja-Lager zu wechseln: Eine Mehrheit der Fraktion werde zustimmen, sagte Fraktionschef Roger Nordmann im Rat. «Wir sind mit dieser Absicht in den Saal gegangen», versicherte er später. Die Grünen sprachen bereits von einem «Pyjama-Deal» zwischen SP und FDP.

— Doch dann äusserte sich Finanzministerin Karin Keller-Sutter zur Eigenkapitalquote. Auf Fragen sagte sie, im Rahmen der Umsetzung des internationalen Regelwerks Basel III seien ohnehin Anpassungen auf Verordnungsebene geplant. Die Regeln würden «etwas verschärft». Die Sozialdemokraten verloren daraufhin laut Nordmann das Vertrauen. «Die SP hat ihre Hand ausgestreckt, doch die Bürgerlichen und der Bundesrat weigern sich, schärfere Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft zu schaffen», teilte die Partei abschliessend mit.

— Angenommen hat das Parlament eine Reihe von Postulaten. Dabei handelt es sich um Prüfaufträge. Der Bundesrat muss untersuchen, wie es zum CS-Versagen kam. Weiter muss er prüfen, wie sich die Fusion von UBS und CS auf den Wettbewerb und die Volkswirtschaft auswirkt und ob das Instrumentarium der Nationalbank ausreicht. Auch die Möglichkeit von Verantwortlichkeitsklagen will das Parlament geprüft haben. Finanzministerin Keller-Sutter hat einen Bericht innert Jahresfrist angekündigt.

Charlotte Walser

lehnt zwar das martialische Vokabular ab. Er wirft der SP aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens aber unverblümt «Wortbruch» vor. Man habe im Ständerat das SP-Anliegen für Gesetzesänderungen «praktisch unverändert übernommen». Die SP habe zuvor gesagt, dass sie in diesem Fall den Krediten zustimmen werde – aber offensichtlich habe sie nie zustimmen wollen. «So gewinnt man vielleicht Wahlen, aber schadet dem Land.» Bei seiner Bundesrätin will Burkart im Übrigen keine Schuld verorten: Sie vertrete die Positionen des Gesamtbundesrats.

Was Keller-Sutter selber zu alledem sagt? Das will auch die Journalistentraube wissen, die sich gestern Nachmittag um 14.15 Uhr – die Debatte im Bundeshaus ist soeben zu Ende – vor dem Eingang des Nationalratssaals drängt. Präziser gesagt: vor jenem bestimmten Eingang, durch den Bundesrätinnen und -räte nach erfolgtem Einsatz den Saal zu verlassen pflegen und wo sie gelegentlich noch ein Statement in die Mikrofone abgeben. Das Medieninteresse ist diesmal besonders gross, man späht gespannt durch die geöffnete Flügeltür.

«Sie geht auf der anderen Seite raus!», ruft da plötzlich jemand. Einige hasten noch zum Hinterausgang des Saals, doch zu spät. Karin Keller-Sutter, die medial zuletzt Omnipräsente, hat sich bereits wortlos verzogen.

umschwenkten. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)